iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Interview | 02.02.2018 | Lesezeit 2 Min.

„Ein ökonomischer Irrglaube“

Die Politik will die Krankenkassenbeiträge künftig wieder paritätisch durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzieren lassen. ***Jochen Pimpertz,*** *Leiter des Kompetenzfelds „Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung“ im IW, erklärt im iwd-Interview, welche negativen Folgen das haben könnte.*

Union und SPD haben sich in den Sondierungen auf eine Rückkehr zur paritätischen Aufteilung der Krankenkassenbeiträge geeinigt. Wie bewerten Sie das?

Wenn man beim bestehenden Bruttolohnniveau den Beitrag paritätisch finanziert, steigen die Arbeitskosten für die Arbeitgeber abrupt um 0,5 Prozent. Das klingt wenig, macht aber rund 6 Milliarden Euro im ersten Jahr aus und kann dazu führen, dass weniger Menschen eingestellt werden.

Was würde eine sofortige Einführung und was eine schrittweise Anpassung bedeuten?

Eine Ad-hoc-Umsetzung würde sich wohl zuallererst auf die Preise auswirken: Die Unternehmen würden ihre Waren und Dienstleistungen zu höheren Preisen auf den Weltmärkten anbieten müssen. Das macht deutsche Produkte unattraktiver. Bei einer längeren Übergangsphase müssen die Arbeitnehmer vor allem damit rechnen, dass ihre Bruttolöhne nicht so stark steigen, wie es ohne paritätische Beitragszahlung möglich wäre.

> Die Arbeitgeber schultern schon heute einen größeren Anteil der Gesundheitskosten: Für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zahlten sie 2017 schätzungsweise 53 Milliarden Euro.



Was ist Ihr Hauptargument gegen das Vorhaben?

Der Zusatzbeitrag ist das einzige Merkmal, das den Versicherten einen Hinweis gibt, welche Kasse effizienter wirtschaftet. Dieses Preissignal im Sinne des Wettbewerbs sollte man unbedingt behalten.

Was verspricht sich die Politik von ihrem Plan?

Durch den sinkenden Zusatzbeitrag soll mehr Geld in die Taschen der Arbeitnehmer fließen. Der zweite Grund ist die Angst vor höheren Belastungen durch steigende Gesundheitsausgaben, die nach aktueller Rechtslage nur über den Zusatzbeitrag ausgeglichen würden. Beide Argumente beruhen aber auf einem ökonomischen Irrglauben: Letztlich muss der Arbeitnehmer alles erwirtschaften – egal ob er den Krankenkassenbeitrag überweist oder sein Arbeitgeber.

Also spricht doch nichts dagegen, dass die Arbeitgeber einfach direkt mehr für die Gesundheit ihrer Mitarbeiter zahlen …

Ja, wenn die Bruttolöhne niedriger wären. Wird aber ein höherer Arbeitgeberanteil auf den gleichen Lohn fällig, steigen die Arbeitskosten. Dabei schultern die Arbeitgeber schon heute einen größeren Anteil der Gesundheitskosten: Für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zahlten sie allein 2017 schätzungsweise 53 Milliarden Euro, 2006

waren es nur gut 25 Milliarden (Grafik).



Wie ist das zu erklären?

In Deutschland arbeiten mehr Menschen als je zuvor, damit erhöht sich die Zahl der Krankheitstage. Gehaltssteigerungen spielen ebenfalls eine Rolle. Außerdem steigt der Krankenstand seit einiger Zeit (siehe: "Krankenstand in Deutschland").

Lassen sich Ursachen für diese Entwicklung festmachen?

Die Gruppe der Erwerbstätigen ab 55 Jahren ist überproportional stark gewachsen – und ältere Mitarbeiter werden häufiger krank als jüngere.

Im Interview: Jochen Pimpertz *Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung*

- Seit 2001 im IW

- Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung
- Studium der Betriebswirtschaftslehre sowie der Wirtschafts- und Sozialpädagogik an der Universität zu Köln, Promotion im Fach Volkswirtschaftslehre
- Lehrtätigkeit an der Universität zu Köln im Fach Volkswirtschaftliche Grundlagen der Gesundheitsökonomie



Telefon: 0221 4981-760
E-Mail: pimpertz@iwkoeln.de

Kernaussagen in Kürze:

- Die paritätische Aufteilung der Krankenkassenbeiträgen führt zu Mehrkosten für Unternehmen und kann bewirken, dass weniger Menschen eingestellt werden.
- Der Zusatzbeitrag ist das einzige Merkmal, das den Versicherten einen Hinweis gibt, welche Kasse effizienter wirtschaftet. Dieses Preissignal im Sinne des Wettbewerbs sollte man unbedingt behalten.
- Die Arbeitgeber schultern schon heute einen größeren Anteil der Gesundheitskosten: Für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zahlten sie allein 2017 schätzungsweise 53 Milliarden Euro.